



Dorothee Auwärter im Gespräch
Die Enkelin von Max Auwärter ist VR-Präsidentin des Familienbetriebs Kuhn Rikon. **Wirtschaft regional**

Curling-Team ausgeschieden
Das Liechtensteiner Curling-Team verpasste den Einzug in das EM-Halbfinale in Genf nur knapp. 17



www.linexa.com
Am Schrägen Weg 9, FL-9490 Vaduz

GDL und Bahn einigen sich auf Tarifvertrag

Streiks der Lokführergewerkschaft GDL wird es in Deutschland erst einmal nicht mehr geben. Die Deutsche Bahn und die Lokführergewerkschaft GDL haben sich auf einen Tarifvertrag verständigt. GDL-Chef Claus Weselsky sprach nach drei Streiks von einem guten Kompromiss. (dpa)

Italien schreibt allen Beschäftigten Impfung oder Coronatests vor

Als erstes Land in Europa schreibt Italien künftig allen Beschäftigten im privaten und öffentlichen Bereich Impfungen oder negative Coronatests vor, um ihrer Arbeit nachzugehen. Wer kein Zertifikat vorweisen kann, darf vom 15. Oktober an nicht mehr zur Arbeit in Büros, Behörden, Geschäften oder der Gastronomie gehen. (dpa)

Sapperlot

Kürzlich führte das «Team Wallraff» eine aufwendige Undercover-Reportage beim Versandhändler Amazon durch, die vergangene Woche im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Die «Entdeckungen» lassen einen durchaus an der Unterstützungswürdigkeit eines solchen Unternehmens zweifeln. Die Fahrer beispielsweise trauten sich aus Angst vor Zeitverlust oftmals nicht, eine Mittagspause einzulegen. Und auch für einen Pinkelstopp soll die Zeit vielfach nicht reichen: So führten fast alle Fahrer eine Flasche mit, um sich unterwegs erleichtern zu können. In den Verteilzentren soll der Zeitdruck ebenso hoch sein. So sah man Angestellte, die aufgrund der schnellen Laufgeschwindigkeit des Fliessbandes in Tränen ausbrachen und nahe an einem Zusammenbruch waren. Bei solchen Bildern fragt man sich doch, ob man noch ein hundertstes Shirt oder Kleid braucht, das man in vielen Fällen dann doch wieder zurückschickt. *Mirjam Kaiser*

Noch kein Abo?

Jetzt gleich bestellen!
Abohotline +423 236 16 61



www.vaterland.li

Gratistests: Regierung wartet auf Bundesrat

Doch die Chronologie einer Anfrage verrät: Einig ist sich die Regierung noch nicht.

Elias Quaderer

Sollen Ungeimpfte ab 1. Oktober ihre Covid-Tests selbst bezahlen müssen? Diese Frage schlägt derzeit auf dem politischen Parkett der Schweiz und Liechtensteins hohe Wellen. Der Schweizer Bundesrat sieht sich mit einer Parteienallianz konfrontiert, die von der SVP über die Mitte und die Grünen bis zur SP reicht: Alle diese Parteien plädieren dafür, dass das kostenlose Testprogramm weitergeführt wird. Sie argumentieren, dass sich mit der ausgedehnten 3G-Pflicht die Ausgangslage verändert habe. Der Bundesrat wird sich heute erneut mit dem Testprogramm befassen. Doch laut «Blick»-Informationen sei noch mit keinem Entscheid in dieser Frage zu rechnen.

In Liechtenstein steigt ebenfalls der gesellschaftliche und politische Druck, das Ende der kostenlosen Tests nochmals zu überdenken. Und auch im Regierungsgebäude selbst scheinen die Meinungen noch nicht eindeutig gemacht, ob das Gratistest-

programm tatsächlich auf Ende Monat auslaufen soll. Dieser Schluss ist zu ziehen, wenn man die Chronik einer Medienanfrage nachverfolgt.

Zuerst «Festhalten am Kurs», dann «Warten auf Schweiz»

Gestern Vormittag fragte das «Vaterland» beim Ministerium für Gesellschaft nach, ob die Liechtensteiner Regierung am Ende der Gratistests festhalten wird, selbst wenn der Bundesrat seinen Entscheid nochmals revidieren sollte. Offenbar ohne die anderen Regierungsmitglieder zu konsultieren, kam aus dem Gesellschaftsministerium die Antwort: «Ja, gemäss aktuellem Stand schon.»

Mit dieser Haltung der Regierung hätte sich die Regierung aber von ihrem Anfang Monat postulierten Grundsatz gelöst, bei 3G im Gleichschritt mit der Schweiz zu handeln. Aus diesem Grund wurde beim Regierungschef nochmals nachgefragt, ob Liechtenstein – unabhängig davon, wie sich der Bundesrat entscheidet – das Gratistestprogramm auf den 1. Oktober beendet. Nach kur-

zer Rücksprache mit dem Ministerium für Gesellschaft teilte Regierungschef Daniel Risch mit, dass «wir die Diskussionen und den Entscheid in der Schweiz verfolgen und gegebenenfalls Anpassungen auf liechtensteinischer Seite vornehmen können». Das heisst: Zunächst einmal abwarten, wie der Bundesrat sich in der Gratistest-Frage entscheidet.

Spalt bei Regierungsparteien: VU für Gratistests, FBP dagegen

Auf Landtagsebene gehen die Meinungen ebenfalls auseinander. Die FBP-Fraktion stützt ihren Gesellschaftsminister und will am Ende der Gratistests festhalten. Die VU-Fraktion gab gestern hingegen eine gemeinsame Erklärung mit den Oppositionsparteien FL und DpL heraus: Das kostenlose Testprogramm sei fortzuführen, solange die Corona-Massnahmen gelten. Nur: Da das Testregime über den Verordnungsweg geregelt ist, kann der Landtag nicht mitbestimmen. Über die Zukunft der Gratistests entscheidet einzig und allein die Regierung. 3

Erneute Kundgebung mit Auflagen

Heute versammeln sich die Corona-Massnahmegegner wieder auf dem Peter-Kaiser-Platz. «Vaduz geht in die Runde 2. Es gibt noch viele Unerhörte. Sprechen wir eure Bedenken, euren Frust, eure Leiden», schreiben die Organisatoren in ihrer Einladung auf den einschlägigen Telegram-Kanälen. Beim Anlass in der letzten Woche trat das «Liberale Forum Liechtenstein» als Organisator auf. Ulrich Hoch, Präsident des Forums, führte auf Anfrage aus, dass es sich um eine Parallelgruppierung von «besorgten Bürgern» handle, welche die «Dynamik nutzen» wollten.

Stattdessen ist auf der Bewilligung als Organisator Andrea Clavadetscher aufgeführt. Der ehemalige Radsportler moderierte bereits die Kundgebung vom vergangenen Freitag. Auf Anfrage erklärt Clavadetscher, dass hinter der Demonstration ein kleiner Kreis an Personen stehe. Die Gruppe plane auch, einen eigenen Verein zu gründen. Denn im Zuge des Bewilligungsverfahrens habe man festgestellt, dass es einfacher wäre, solche Kundgebungen über einen Verein zu organisieren.

Im Notfall muss Mikrofon abgeschaltet werden

Ziel der Kundgebung sei laut Clavadetscher, allen möglichen Personen eine Plattform zu geben und ihre Meinung kundzutun, was sie von den Corona-massnahmen halten. «Es kann jeder kommen und sprechen, solange er nicht stundenlang auf der Bühne steht.» Auch Landtagsabgeordnete und Vertreter der Regierung seien zur Kundgebung eingeladen. Allerdings: Die Bewilligung der Kundgebung hält fest, dass strafbare Handlungen zu unterlassen sind. Dazu zählen auch Beleidigungen und Diskriminierungen.

Diese Auflage dürfte im Zusammenhang stehen mit der Kundgebung vom letzten Freitag: Manche Massnahmegegner bezeichneten Regierungsvertreter als «Schwerverbrecher», verglichen die Coronamassnahmen mit den Verbrechen der Nationalsozialisten und riefen zu Ungehorsam gegen die Covid-19-Verordnung auf. Diese Äusserungen sind gemäss Liechtensteiner Strafgesetzbuch allesamt potenziell strafbar. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei haben diesbezüglich Ermittlungen aufgenommen.

Doch wie werden die Organisatoren verhindern, dass es am kommenden Freitag nicht wieder zu solchen Äusserungen kommt? «Die einzige Möglichkeit, die ich als Moderator habe, ist, den Rednern das Mikrofon abzuschalten», sagt Clavadetscher.

Angemeldet sind gemäss Clavadetscher rund 500 bis 1000 Personen. Die Besammlung ist auf 18 Uhr angekündigt. Um 18.30 Uhr sollen dann erneut die «Freiheitstrychler» aus der Schweiz mit ihren Glocken einmarschieren. Nach dem Einmarsch der Gäste aus der Schweiz soll die Kundgebung beginnen. (equ)

In fünf Tagen feiert Team Liechtenstein an den Euroskills Premiere



Aus feierlichem Anlass wurde die Delegation für die Europäischen Meisterschaften der Berufe gestern offiziell von Bildungsministerin Dominique Hasler verabschiedet. Von kommendem Donnerstag bis Samstag kämpfen die drei Kandidaten Yannick Schädler, Timon Frey und Riccardo Somma um den Sieg. 5

Bild: ikr